

Am 16. Juni 2007 schien ein uralter Traum der Linken endgültig in Erfüllung zu gehen: die Einheit aller Sozialisten in Deutschland. Die aus der alten SED hervorgegangene PDS und die im Frühjahr 2004 im Westen zunächst als Verein und ab 2005 als Partei gegründete WASG schlossen sich auf ihrem Gründungsparteitag in Berlin zu einer gesamtdeutschen neuen sozialistischen Partei namens „Die Linke“ zusammen. Der PDS ist mit der Integration der WASG siebzehn Jahre nach der Einheit die von ihr seit 1990 erstrebte „Westausdehnung“ gelungen. Schon kurz darauf kommt es zu den ersten zählbaren Erfolgen. Erstmals gelingt der neuen Linken mit 8,4 Prozent der Wählerstimmen in Bremen der Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr in Hessen, Hamburg und Niedersachsen könnte sich diese Entwicklung fortsetzen und 2009 die Linke in Thüringen, Sachsen, Brandenburg und dem Saarland in die Regierungsverantwortung bringen. Meinungsforscher sehen die neue Partei mit Ausnahme von Niedersachsen zurzeit in allen Landtagen vertreten. In Oskar Lafontaines Stammland, dem Saarland, werden ihr sogar dreizehn Prozent prognostiziert. Auch im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, liegt sie zurzeit in Umfragen bei sechs Prozent. Die Zeichen, sich als gesamtdeutsche Partei dauerhaft zu etablieren, stehen nicht schlecht für diese „neue Linke“.

Der Gründungsaufbruch vom Juni 2006 verhielt einen „neuen Anlauf“ auf dem

langen Marsch zum Sozialismus und zog einen Schlussstrich unter die eigene Vergangenheit der PDS und die Geschichte des SED-Staates: „Das Scheitern dieser Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Verbrechen des Stalinismus und das Unrecht der Einparteiendiktaturen entbinden die Linke nicht von der Verantwortung, einen neuen Anlauf zu machen, um die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit.“ Der neue Name für diese sozialistische Union aus Ost- und Westsozialisten und die Betonung der Freiheit durch Sozialismus sollen den Blick nach vorn auf den neuen Anlauf zum Sozialismus richten. Der Kommunismus als Teil der Geschichte der sozialistischen Linken soll immer mehr im Dunkel der Geschichte verschwinden. Hier zahlt sich die unterschiedliche Bewertung von Nationalsozialismus und Kommunismus durch die demokratischen Parteien und die Öffentlichkeit für die Postkommunisten aus: Der Kommunismus wurde im Gegensatz zum Nationalsozialismus nicht als verbrecherische totalitäre Ideologie und Bewegung stigmatisiert. Schon in der Transformationsperiode nach 1990 war die Ächtung der Regierungsbeteiligung der Postkommunisten in Ostdeutschland nicht durchsetzbar. Dennoch ist sich die Führung der Lin-

ken durchaus bewusst, dass die verbrecherische Vergangenheit des die DDR konstituierenden stalinistischen Kommunismus auch künftig eine Achillesferse in ihrer politischen Legitimation bleiben wird. In den kommenden innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Regierungsbeteiligung dieser Partei werden die Erinnerungen an die Diktatur nach Hitler gegenwärtig bleiben.

Erinnern wir uns zunächst an die grundlegende Voraussetzung für die neue Partei, die „Wende“ von 1989 und das Schicksal der SED. Durch ihre Rolle beim friedlichen Systemwechsel wurde ihr die Selbstreform ermöglicht. Sowohl die Bürgerrechtler als auch die Bundesregierung verlangten im Herbst 1989 von den Kommunisten nur den Verzicht auf das Machtmonopol und damit auf die Diktatur. Sie sollten den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform freigeben und in der DDR freie Wahlen durchführen. Die Umbenennung der SED auf ihrem Sonderparteitag im Dezember 1989 in PDS war kein taktischer Bluff, sondern, wie es der spätere Parteivorsitzende Lothar Bisky damals zutreffend formulierte, eine „faktische Neugründung“ unter Mitnahme großer Teile des SED-Vermögens und alter SED-Kader der zweiten und dritten Reihe. Wollte die Partei überleben, musste sie sich den Spielregeln der von ihr nicht gewollten parlamentarischen Demokratie unterwerfen und anpassen. Dies geschah unter erheblichem Mitgliederverlust, konfrontiert mit dem Misstrauen ihrer Gegner und der skeptischen Frage der Öffentlichkeit: Sind Kommunisten überhaupt wandlungsfähig? Ein Blick auf ihre Parteigeschichte zeigt, sie waren es!

Von der Einheitspartei zur sozialistischen Union

Die Kommunistische Partei hat in Deutschland als gestaltende politische Kraft siebzig Jahre existiert und ging 1989

mit dem Rücktritt des Zentralkomitees der SED unter. Die Kommunisten verloren ihren deutschen Teilstaat, der auf dem Siegerwillen der Sowjetunion von 1945 gründete. 1989 verließ Stalin den Raum, wie es der DDR-Schriftsteller Stefan Heym in der Überschrift eines Aufsatzes damals formulierte. In der Kapitulation vor der friedlichen Revolution in der DDR endete der Traum von der „Diktatur des Proletariats“, durch die die Partei das Volk zum Sozialismus führen wollte. Auf dieser ideologischen Heilsversprechung beruhte bis zuletzt der totalitäre Machtanspruch der SED. Mit dem Ende der Sowjetunion verloren die gewendeten Diktaturfunktionäre der SED endgültig ihre sowjetische Führungsmacht, sie mussten zu einer deutschen Partei werden, wenn sie politisch überleben wollten.

Die grundlegende Voraussetzung für die Transformation der SED in eine parlamentarisch agierende Partei war der Bruch mit der marxistisch-leninistischen Parteikonzeption, die die KPD/SED von den sowjetischen Kommunisten übernommen hatte. Die SED-Reformer trennten sich eilig vom Stalinismus und nutzten 1990 die Satzung der SPD als Vorlage für das neue Statut der PDS. Das heimliche Vorbild für den inneren Parteiaufbau lieferten – und das ist nicht ohne Ironie – die Unionsparteien. Die nach außen monolithisch geschlossene Partei verwandelte sich, sie ließ nun unterschiedliche Strömungen unter ihrem Dach zu und gewährte organisatorische Autonomie. Die vom Apparat der SED verordnete Meinungsdisziplin wich innerparteilichen Kontroversen, das Lenin'sche Verbot der Fraktionsbildungen wurde zugunsten innerparteilicher Flügelbildungen aufgehoben. Die Vergabe von Parteifunktionen und die Nominierung von Kandidatenlisten für Wahlen regelten von nun an innerparteiliche Wahlen. Seit 1990 verfügte die PDS mit Gregor Gysi

und Lothar Bisky über eine personell stabile Parteiführung.

Den entscheidenden Erfolg erzielte die PDS bei der freien Volkskammerwahl 1990 in der DDR. Als Partei der Gegner der deutschen Einheit wurde sie in der Volkskammer zur stärksten Oppositionspartei. Diesen Erfolg konnte die PDS bei den Kommunal- und Landtagswahlen 1990 in der DDR wiederholen. In den „neuen Ländern“ der Bundesrepublik übernahm die PDS sofort Verantwortung in den Kommunen. Damit wurde sie in der Praxis zu einer berechenbaren, koalitionsfähigen Partei vor Ort und ab 1998 auch auf Landesebene. Der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck bescheinigte ihr im Juni 2007: „In den ostdeutschen Ländern hatte sich die PDS zu einer realistischen politischen Kraft entwickelt.“ Zugleich kontrastierte er diese Feststellung mit der Sorge, dass der nun mit Lafontaine verbundene Populismus diese Berechenbarkeit der PDS zerstören könnte. Im Lob für die pragmatisch-realistische PDS ist die Sorge verpackt, dass die Konkurrenz zwischen der Linken und der SPD erneut zu einem „Bruderkampf“ führen und die SPD die Meinungsführerschaft im linken Lager kosten könnte.

Die Integration der PDS in das gesamtdeutsche Parteienspektrum und ihre Koalitionsfähigkeit für die SPD beruhten auf Wahlerfolgen. Eine Voraussetzung für sie war die sich wandelnde öffentliche Wahrnehmung der PDS in den Medien. Der Mechanismus dieser Debatte in den letzten Jahren folgte einem einfachen Schema: Die „vernünftigen“ Reformer wurden den „unbelehrbaren“ Dogmatikern gegenübergestellt. Vereinfacht ausgedrückt: Die innerparteilichen Gegensätze zwischen Reformern und Dogmatikern wurden überhöht. Die Medien unterstützten dabei die Reformer gegen die Dogmatiker und thematisierten selten, warum es nicht zum Bruch zwischen

den beiden Flügeln kommt. Die personalisierte Betrachtungsweise der PDS lief auf die Beschreibung innerparteilicher Machtspiele zwischen Gregor Gysi und der Repräsentantin der Kommunistischen Plattform Sahra Wagenknecht oder dem Ehrenvorsitzenden Hans Modrow hinaus. Die Parteikonzeption der PDS als sozialistische Union, die diese Vielfalt integriert, blieb dabei außer Betracht. Gysi, Wagenknecht und Modrow repräsentieren innerparteilich verschiedene Klientelen, deren Streben nach Macht sie zur Zusammenarbeit zwingt. Nur eine nach außen geschlossene Partei hat bei Wahlen eine Chance, und diesen Grundsatz befolgt die PDS seit 1990. Im Resultat führte diese öffentliche Wahrnehmung zu einer steigenden Akzeptanz der PDS als einer im Grundsatz demokratischen Partei.

Lafontaine und der Weg nach Westen

Die Westsozialisten aus den Reihen der SPD und unter den Gewerkschaftsfunktionären wagten das Zusammengehen mit der PDS erst bei der Bundestagswahl 2005. Die von ihnen gegründete WASG trat gemeinsam mit der PDS unter dem Namen „Linkspartei“ an. Den Bruch mit der SPD vollzogen sie, als aus ihrer Sicht die rot-grüne Bundesregierung mit ihren Arbeitsmarktreformen unter den Stichworten „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ begann, den alten Sozialstaat westdeutscher Prägung zu zerstören. Schnell stiegen Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu den beiden wichtigsten Repräsentanten für die neue sozialistische Einheitspartei auf. Die WASG bescherte der PDS nicht nur ihren westdeutschen Frontmann Oskar Lafontaine, sondern eine Reihe von Politikern, die glaubhaft aus der westdeutschen Linken kommen und in ihren Milieus verankert sind. Der Organisator des Wahlbündnisses von 2005, Bodo Ramelow, kam als hessischer Gewerk-

schaftsfunktionär zum Aufbau Ost nach Thüringen, dort schloss er sich der PDS an. Ulrich Maurer, der ehemalige Landesvorsitzende der baden-württembergischen SPD, wechselte ebenfalls zur WASG. Als parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Linkspartei koordiniert er heute den organisatorischen Aufbau der Linken in den westlichen Bundesländern. Der Schweinfurter IG-Metall-Bevollmächtigte Klaus Ernst wurde als Vorsitzender der WASG in den Bundestag gewählt und gehört dem geschäftsführenden Parteivorstand der neuen Partei an. Er symbolisiert in seiner Person den angestrebten Schulterschluss mit den Gewerkschaften.

Die gelähmte SPD

Gegenwärtig beginnen Platzek und andere Sozialdemokraten das Spiel mit den guten und bösen Jungs in der Linken erneut – aber sie tun es aus der Defensive heraus. Die berechenbare und auf Landesebene im Osten für die SPD koalitionsfähige PDS wird gegen den Populisten Lafontaine, den „deutschen Haider“, wie ihn der *Tagesspiegel* kürzlich titulierte, ausgespielt. Im *Spiegel* nimmt André Brie, der von der Presse, aber nicht von der eigenen Partei gelobte Vordenker der PDS, wie es im *Neuen Deutschland* sarkastisch heißt, den Ball auf und wirft Lafontaine eine „Re-SED-isierung“ der Linken vor. Er warnt seine Partei vor dessen Schwarz-Weiß-Denken, das ihm selbst als SED-Gesellschaftswissenschaftler zu eigen war. Brie treibt die Sorge, Lafontaines Populismus und sein Auftreten könnten das Verhältnis zur SPD irreparabel beschädigen. Das ist die Schlüsselfrage für den politischen Erfolg der Linken: Sie muss für die SPD im Osten koalitionsfähig bleiben und im Westen werden. Die Attacke auf Lafontaine ist klug kalkuliert, sie bedient den Zorn der Sozialdemokraten auf ihren ehemaligen Vorsitzenden und signalisiert der SPD, es gebe Kräfte in der Lin-

ken, die diesen Anti-SPD-Kurs nicht mittragen wollten.

Die Debatte in der SPD um den richtigen Kurs in der Auseinandersetzung mit der Linken hat unter ihren Intellektuellen begonnen. Der ehemalige Leiter der SPD-Parteischule, Tillmann Fichter, konstatiert, dass von der SPD keine Faszination mehr ausgeht, und befürchtet, dass ihr die Linke im intellektuellen und künstlerischen Milieu den Platz der politischen Meinungsführerschaft streitig machen könnte. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler vermisst die politische Auseinandersetzung mit der Linken. „Dafür müsste es freilich eine Persönlichkeit geben, die mit politischer und ökonomischer Sachkunde, intellektueller Souveränität und rhetorischem Schwung die Programmatik der ‚Linken‘ als das enthüllt, was sie tatsächlich ist: eine kunterbunte Mischung von Ressentiments, anachronistischen Postulaten, regionalen Eigenarten und jenem bösen Erbe, das der Steinzeitmarxismus der PDS bisher gespeichert hat. Eine Figur mit einem solchen Profil kann die SPD nicht aufbieten.“ Er verlangt von den Sozialdemokraten, in Abgrenzung zur Linken und als Angebot an den Wähler eine glaubwürdige Programmatik zu entwickeln. Sein Kollege Heinrich August Winkler beschwört die SPD, sie dürfe sich „von der Partei ‚Die Linke‘ nicht treiben und vorführen lassen. Sie muss wieder in die Offensive gehen.“

Geht es den Intellektuellen um die Inhalte zeitgemäßer sozialdemokratischer Programmatik, so konzentrieren sich die Politiker der SPD auf die Koalitionsfrage. Eine wichtige Weichenstellung in dieser Frage dürfte nach den Landtagswahlen erfolgen. In Thüringen und dem Saarland haben die SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie und Heiko Maas bereits ihre Koalitionsbereitschaft signalisiert. Auf Bundesebene ist eine solche Koalition vor allem aus außenpolitischen Gründen für die SPD (noch) nicht mach-

bar. Nach Lage der Dinge können solche Koalitionen nach Berliner Modell gegenwärtig nur in den ostdeutschen Ländern entstehen. Die Zeiten, als die PDS der SPD im Osten nur als Juniorpartner zur Verfügung stand, sind aber endgültig vorüber, hier funktioniert bereits zwischen beiden Parteien der Kampf um die Führung in der Wählergunst. Der Spitzenkandidat der Linken in Thüringen, Ramelow, bringt eine neue Ampelvariante für sein Bundesland ins Spiel: Eine rot-rot-grüne Koalition soll die Alleinregierung der CDU im Jahre 2009 ablösen. Die Landessprecherin der Thüringer Grünen, Astrid Rothe-Beilich, äußerte sich skeptisch zu diesem Angebot: „Wir werden keine Mehrheitsbeschaffer und keine Steigbügelhalter für die Linken und die SPD sein.“ Stolperstein für die Grünen ist die Enttarnung zweier Stasi-Spitzel in der PDS-Fraktion, die nicht bereit sind, ihr Mandat zurückzugeben. Wie die Linke sich in dieser Frage verhalte, darüber müsse gesprochen werden, haben die Grünen verlauten lassen. Der Linke-Geschäftsführer Dietmar Bartsch sieht die Debatte in der SPD gelassen. Gegenüber dem *Tagesspiegel* zeigt er sich optimistisch, wenn sich der SPD die machtpolitische Perspektive bietet, wird sie mit der Linken koalieren: „Die, die jetzt die größte Klappe haben, werden als Erste springen.“

Strategische Bündnisse

Die Sprache der Linken ist immer noch martialisch geprägt. Wer um die geistig-politische Führung im linken Lager Deutschlands kämpft, der benötigt Strategie und Taktik. Veränderungen, das glaubte auch schon die alte Linke, bedürfen der Kombination von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion. Die Linke nennt solche Bündnisse „strategische Zusammenarbeit“. Darauf sind ihre programmatischen Aussagen ausgerichtet: Ihr Ziel bleibt die sozialistische Alternative zur bestehenden „kapitalistischen Gesellschaft“. Im Alltag ver-

tritt sie eine an der Verteidigung des Sozialstaats ausgerichtete populistisch zuge-spitzte Politik für mehr „Gerechtigkeit“ gegen den vermeintlichen Neoliberalismus der anderen Parteien. Sie findet damit nicht nur in den neuen Ländern, sondern zunehmend auch in der alten Bundesrepublik Anklang. Studien zufolge gehen nur noch sieben Prozent aller Ostdeutschen und 24 Prozent aller Westdeutschen von gerechten Verhältnissen in Deutschland aus. Die Linke instrumentalisiert das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung und führt es mit einem Freiheitsbegriff zusammen, der vornehmlich die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Freiheit, die der Staat garantieren soll, hervorhebt. In diesem Punkt sucht die Linke demonstrativ die Nähe zur gewerkschaftlichen Programmatik.

In der Außenpolitik bezieht sie pazifistische Positionen, sie ist dezidiert gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr jeglicher Art. Die „Globalisierung“ als Werk transnationaler Konzerne wird ebenso bekämpft wie der „amerikanische Imperialismus“ oder die NATO und deren Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Seine Ursache wird im Programm wie folgt offengelegt: „Die NATO und die europäische Union setzen auf globale Eingreiftruppen. Im Namen eines Kreuzzuges gegen den Terrorismus kommen Tausende unschuldiger Menschen ums Leben. Eine Spirale der Gewalt erzeugt immer neue Bereitschaft zu Terrorakten, der menschenverachtenden Antwort auf die Arroganz imperialer Macht und die tiefen Gräben zwischen reichen und armen Ländern.“ Aus dieser Sicht sind die eigentliche Ursache für den Terror der islamistischen Fundamentalisten die Vereinigten Staaten. Die programmatischen Aussagen zur Globalisierung, den transnationalen Konzernen, zum Frieden, zur Ökologie und zur Atomenergie schlagen die Brücke zu den sozialen Bewegungen in diesem Bereich.

Ein Lehrstück, wie sich die Partei in eine solche Kampagne einbringt, war der Gegengipfel zur G-8-Tagung von Heiligendamm in Rostock vom Juni 2007. Die Vorbereitungen liefen seit 2006, mobilisiert wurde für die Großdemonstration vom 2. Juni 2007 in Rostock. „Besonderer Wert“ wurde dabei auf „die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und linken Organisationen gelegt, im Bundesgebiet, aber auch international“, wie es das *Neue Deutschland* formulierte. Wie „aktive Globalisierungskritik“ genau aussehen sollte, darauf wollte die Partei sich nicht festlegen. „Unsere Genossen und Sympathisanten sind alt genug, um über die Art ihres Protestes zu entscheiden“, so die Bundestagsabgeordnete der Linken Katja Kipping. Erst nach den Exzessen des „schwarzen Blocks“ bei den Protesten gegen das Gipfeltreffen von Heiligendamm distanzierten sich mit Michael Brie und Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung die ersten wichtigen Funktionäre der Linken von der Praxis, über Protestformen nicht öffentlich zu reden. Sie fordern nun eine offene Auseinandersetzung und prinzipielle Entscheidung über die Rolle der Gewalt bei Protesten und erwarten eine „neue Philosophie der Gewaltlosigkeit“. Ob damit ein langwieriger Selbstfindungsprozess in der Gewaltfrage ausgelöst wird, wie ihn die Grünen in den 1980er-Jahren schmerzlich durchliefen, bleibt abzuwarten.

Gunst der Gewerkschaften

Im Zentrum der nächsten Kampagne, die der Parteivorstand der Linken beschlossen hat, steht der EU-Verfassungsvertrag. Die Linke plant eine europaweite Kampagne der Linken zu dessen Ablehnung. Neben linken Organisationen werden auch hier wieder die Gewerkschaften sowie die linken Flügel von SPD und Grünen die anvisierten Bündnispartner sein. Den Höhepunkt dieser Kampagne soll ein europaweites Referendum bil-

den, mit dem der Verfassungsvertrag endgültig zum Scheitern gebracht werden soll.

Der zentrale Streit um den Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung zwischen Der Linken und der SPD wird aber vornehmlich in der Sozialpolitik ausgetragen werden. In diesem Feld spielen die Gewerkschaften für beide Parteien eine zentrale Rolle. Die Themen „soziale Gerechtigkeit“ und „Arbeitsmarktpolitik“ sind für ihre Wähler von zentraler Bedeutung. Die Linke strebt in diesen Fragen den Schulterschluss mit den Gewerkschaften an. Das hat den gewollten politischen Effekt, dass sie mit dieser Politik oft unmittelbaren Einfluss auf Teile der SPD ausüben kann. Die Chance der Linken, eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte in der Bundesrepublik herbeizuführen, liegt nicht zuletzt in der Ambivalenz der SPD gegenüber den Koalitionsangeboten der Linken. Wie die Mindestlohnkampagne der Linken gezeigt hat, funktioniert dieser Druckmechanismus. Viele Sozialdemokraten sind bereit, eine außerparlamentarische Zusammenarbeit mit ihr einzugehen. Das Kräfteressen beider Parteien lässt sich jetzt schon in den Gewerkschaften beobachten. Der Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, sprach von der Bereitschaft seiner Organisation, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die Arbeitnehmerinteressen vertreten. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer entdeckt plötzlich erneut die Einheitsgewerkschaft, die eine Festlegung auf eine Partei verbiete. Eine Distanzierung gegenüber der Linken war aus dem DGB selbst bislang nicht zu vernehmen. Beispiele für politische Kooperationen dagegen gibt es unzählige. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion erklärte der Linke-Geschäftsführer Dietmar Bartsch, es sei der Linkspartei in den letzten Jahren gelungen, „in den gewerkschaftlichen Bereich qualifiziert einzudringen“. Die Sprache verrät noch seine Schulung

in kommunistischer Bündnispolitik als SED-Funktionär. Auch die DDR-Staatsicherheit vermeldete immer stolz, wenn es ihr gelang, irgendwo „einzudringen“. In der Sache selbst konstatiert Bartsch triumphierend: Die Sozialdemokratie habe ihre frühere Hoheit über die Gewerkschaften verloren. Auch wenn diese Einschätzung überzogen erscheint, ist der Einfluss der Linken unter den Gewerkschaftsfunktionären zweifellos gestiegen – schließlich kamen die Organisatoren der WASG aus ihren Reihen. Der Eintritt des früheren IG-Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche in die neue Partei ist ein Indiz für diesen Trend.

Die Linke und die Union

Das Verhältnis zwischen der Linken und der Union ist von klarer Gegnerschaft gekennzeichnet. Die Union befindet sich aber im Irrtum, wenn sie glaubt, die Auseinandersetzung mit der Linken der SPD und den Grünen überlassen zu können. In dieser verbreiteten Denkweise lebt die überholte Arbeitsteilung zwischen den beiden großen Volksparteien hinsichtlich des Extremismus der alten Bundesrepublik fort: Die CDU kümmert sich darum, dass auf der rechten Seite des politischen Spektrums neonazistischer Extremismus keine Chance bekommt, und die SPD ist für die Niederhaltung der Kommunisten verantwortlich. Dieser antitotalitäre Konsens zerbrach aber bereits in der alten Bundesrepublik in der außerparlamentarischen Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979. Vor allem die Sozialpolitik, aber auch vereinzelt außenpolitische Forderungen der Linken stoßen heutzutage durchaus auch auf Akzeptanz im bürgerlichen Lager und somit bei der politischen Klientel der Unionsparteien. Jüngste Meinungsumfragen belegen, dass auch Anhänger von CDU und CSU Sympathien für zentrale Forderungen der Linken zeigen, die im krassen Gegensatz zur Politik der Unionsparteien

stehen. So plädieren in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa 62 Prozent von ihnen für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, 75 Prozent lehnen die von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab, und mehr als die Hälfte sind für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Gysi hat nach der letzten Bundestagswahl ein Ziel von Willy Brandt erneut aufgenommen, den Traum von einer Mehrheit links von der Union – für viele Sozialdemokraten ein verführerischer Gedanke. Strukturell und rechnerisch war sie am Abend der letzten Bundestagswahl bereits da, aber, so fügte Gysi 2005 hinzu, es sei noch keine politische.

Das strategische Ziel der Linken ist es, in dem Fünf-Parteien-System die Ampel auf Rot-Rot-Grün zu stellen. Der Linken ist bewusst, dass für eine solche Koalition ein bestimmtes Meinungsklima im Land unerlässlich ist. Um dieses Klima herbeizuführen, setzt sie auch auf außerparlamentarische Kampagnen gegen die Regierungspolitik der Großen Koalition. Erwünscht ist auch der Nebeneffekt, den solche Aktionen haben. Sie treiben den Differenzierungsprozess in der SPD voran. Ihr Parteivorsitzender Kurt Beck sieht diese Gefahr und denkt laut über das Ende der Großen Koalition nach. Die Linke ist bereit und organisatorisch, personell und finanziell in der Lage, solche Kampagnen zu führen, wie das Beispiel Mindestlohn zeigt. Es gilt daher auch für das bürgerliche Lager, sich offensiv sowohl mit der politischen Programmatik als auch mit der Geschichte der Partei „Die Linke“ und ihren Repräsentanten auseinanderzusetzen. Ihre Strategie und Taktik müssen einer breiten Öffentlichkeit transparent gemacht werden, um somit ihre Forderungen als das zu entlarven, was sie in erster Linie sind: populistisch und unseriös.